

## Resolution

**22. November 2010**

### **UOKG-Verbandetreffen fordert Rückgängigmachung der rückwirkenden Enteignung von DDR-Übersiedlern**

Mit dem Beitritt der DDR zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde die deutsch-deutsche Flüchtlingsgeneration diskriminierend enteignet. Unbemerkt von der Öffentlichkeit ist die individuelle Eingliederung zum Bundesbürger rückabgewickelt worden mit dem Ergebnis, dass die Altersversorgungen der Übersiedler abstürzten.

Die Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V. (IEDF) kämpft für die Rücknahme dieses entwürdigenden Verwaltungsakts. Betroffen sind alle ehemaligen DDR-Flüchtlinge, Haftentlassene, Ausgereiste und Abgeschobene der Geburtsjahrgänge nach 1936.

#### **Eine Lösung ist nur über die Politik möglich**

Viele Abgeordnete des deutschen Bundestags signalisieren dringenden Handlungsbedarf. Die Bundesregierung aber weigert sich, die Verletzung der Rechtsstaatlichkeit sowie deren politische und soziale Folgen anzuerkennen, geschweige denn zu korrigieren.

Die Teilnehmer der UOKG-Mitgliederprojektversammlung fordern die Bundesregierung auf, die Eingaben nicht länger zu ignorieren, den Dialog zu suchen und die rechtsstaatliche Ordnung wieder herzustellen.